

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 89 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gepaltene Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 49.

Sonntag, den 3. Dezember.

1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Zur Bekämpfung der Tabaksteuererhöhung.

Tabakarbeiter Deutschlands!

Mit nachstehendem ersuchen wir die Kollegen der unten bezeichneten Agitationsbezirke, sich an die dafür genannten Agitationsleiter zu wenden.

Für Bremen I, Bremen II, Bremerhaven; Delmenhorst, Barel a. S.; Achim, Altenbruch a. E., Burgdamm, Langwedel, Neuhaus a. E., Scharbeck, Sulingen, Verden, an Christian Blome, Bremen, Oberstraße 64.

Für Braunschweig, Aldehausen, Helmstedt, Münchhof a. S., Seesen a. S., Wolfenbüttel; Verburg, Deissau, Neundorf, Zerbst; Burg bei Magdeburg, Erleben-Uhrleben, Genthin, Halberstadt, Magdeburg, Stendal, Tangermünde, Wernigerode; Freden, Goslar a. S., Groß-Blüden, Hildesheim, Heine; Hannover; Celle, an Emil Burgold, Braunschweig, Neue Knochenhauerstraße 37, II.

Für Bielen-Sundhausen, Eisleben, Gasserode, Klein-Wechungen, Klein-Werther, Kölleda, Mühlhausen i. Th., Nordhausen, Salza; Frankenhäuser a. Kyffh., Vödingen, Einbeck, Herzberg a. S., Hedemünden, Münden, Osterode a. S., Uslar; Eschwege, Karlshafen, Kassel, Selmarshäuser, an Ferdinand Hufung, Nordhausen, Frauenbergertiege 9.

Für Duisburg, Düsseldorf, Emmerich, Geldern, Goch, Köln a. Rh., Krefeld, Kreuznach, Mors a. Rh., München-Gladbach, Neuwied, Oberhausen, Wipperfurth a. Rh., Trier, an Ludwig Klein, Köln a. Rh., Heinrichstraße 10, II.

Für Durlach, Elgersweier, Emmendingen, Haslach i. N., Karlsruhe, Lahr, Neufreiwald, Offenburg, Söllingen, Untergrömbach, Zunsweier, an Peter Haberer, Offenburg, Gerberstraße 3.

Für Cannstatt, Dürrenz, Heilbronn, Schorndorf, Stuttgart; Ansbach, Bruch bei Erlangen, München, Nürnberg, Würzburg, an J. Wildemann, Stuttgart, Neckarstraße 188.

Für Koburg; Köhne, Salzungen, Wafungen, Apolda, Buttstädt, Müchelnbernsdorf; Altenburg, Eisenberg, Kahla, Reichshausen b. D., Pöhlitz, Ronneburg, Schmölln, Wittenberg; Greiz; Gera; Erfurt; Brotterode; Liebshausen, an Dominikus Wiesen, Erfurt, Blücherstraße 46, II.

Für Connewitz, Döbeln, Froburg, Geithain, Gartha, Leisnig, Lunzenau, Mittweida, Naumburg, Pegau, Rochlitz, Rositz, Stötteritz, Strehla, Waldheim, Wurzen, Zwenkau; Delitzsch, Eilenburg, Elsterwerda, Halle a. S., Könnern, Merseburg, Mühlberg a. E., Naumburg, Schkeuditz, Leuchter, Torgau, Weizsacks, Wittenberg a. E., Zeitz, an Richard Dallüge, Leipzig-Neuditz, Mühlstraße 32, pt.

Um eine planmäßige Agitation gegen die Tabaksteuererhöhung betreiben zu können, ersuchen wir die genannten Orte, soweit sie noch keine Kommission gewählt haben, dies unverzüglich zu tun und sich mit allen Zuschriften, betreffend Referenten usw., an die genannten Agitationsleiter zu wenden.

Alle oben nicht benannten Orte haben sich nach wie vor an die Zentralkommission zu wenden.

Weiter teilen wir noch mit, daß wegen Erkrankung des Kollegen Boerner alle Zuschriften an die Zentralkommission bis auf weiteres an die Adresse von Karl Butry, Berlin N. 31, Stralsunder Straße 41, zu richten sind.

Geldsendungen sind an Fritz Sperber, Berlin N. 28, Ruppiner Straße 44, zu richten.

Die Zentralkommission. S. A.: Karl Butry.

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und Koalitionsrecht der Arbeiter.

Der Bundesrat hat sich, wie verlautet, mit einem vom Reichsamt des Innern ausgearbeiteten und zur legislativen Prüfung eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, beschäftigt. Es soll, nach offiziöser Darstellung, den Arbeiterorganisationen die gesetzliche Anerkennung mit allen Rechten und Pflichten, welche juristische Personen zu haben pflegen, erteilt werden.

Diese Frage ist nicht neu. Sie resultiert aus einem durchaus vom reaktionären Geiste bestimmten und beherrschten Rechtszustand, der sich folgendermaßen darstellt: Man hat in Deutschland alle Vereine, die nur einigermaßen ein öffentliches Interesse berühren können, mit „Normen des öffentlichen Rechts“ im Sinne polizeistaatlicher Gewalt umhüllt. Die gesetzlichen Bestimmungen, die zwecks „Verhütung des Mißbrauchs des Vereins- und Versammlungsrechts“ gegeben worden sind, lassen von der zugesicherten Vereinsfreiheit fast nichts übrig. Um so ungezügelter hingegen hat man die privatrechtliche Stellung der Vereine gelassen, obwohl die Freigabe öffentlich-rechtlicher Vereins-

bildung logisch die Vermögensfähigkeit der Vereine und die Fähigkeit, zu klagen und verklagt zu werden, nach sich ziehen müßte. Bereits im Jahre 1869, in unmittelbarem Anschluß an die gesetzliche Anerkennung des Koalitionsrechts, gab Schulze-Delitzsch im preussischen Landtage und im norddeutschen Reichstage Anregungen, auch die privatrechtliche Stellung der Vereine zu regeln. Diesbetreffende Anträge fanden damals sowohl in letzterem Parlament als auch 1871 im deutschen Reichstage Annahme, ohne jedoch ihre Erledigung im Bundesrat zu finden. Im Jahre 1872 lehrte die Forderung von Seiten der Fortschrittler wieder. Nunmehr aber stieß sie auf „ordnungspolitische“ Bedenken. Man wies auf die wachsende gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter und die ersten großen deutschen Streikbewegungen hin, um die Befürchtung zu motivieren, die Arbeiterorganisationen würden durch die zivilrechtliche Vereinsversicherung an Kraft und Einfluß gewinnen. Am 18. April 1872 sagte der Abgeordnete Lasker: er halte das Streben der Arbeiterorganisation, sich mit Geldmitteln auszurüsten, „um organisieren einen Krieg herzustellen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“, Streiks ins Werk zu setzen usw., für ein „sehr gefährliches“; die Regierung möge es sich deshalb wohl überlegen, ob sie Vereinen dieser Art Korporationsrechte beilegen wolle. Die Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs schlug vor, daß die Rechtsfähigkeit einem Gewerbeverein nur dann einzuräumen sei, wenn sein Statut die Bedingung enthalte: daß vor dem Eintritt einer Aussperrung oder einer Arbeitseinstellung die zugrunde liegenden Streitpunkte einem Schiedsgericht überwiesen werden müssen, sowie daß der Verein eine Unterstufung nur dann gewähren dürfe, wenn das Schiedsgericht nach fruchtlosem Sühneversuch die Aussperrung oder die Arbeitseinstellung für „nicht ungerechtfertigt“ erklärt habe. Zuwiderhandlungen sollten sofortige Schließung des Vereins zur Folge haben, und Vorstandsmitglieder, die zu „ungerechtfertigter“ Gewährung von Unterstützung beitragen, sollten für den Betrag des Betrags solidarisch haften und außerdem mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden! Eine wahrhaft „geniale“ Idee, das Streikrecht der Arbeiter aufzuheben und damit das ganze Koalitionsrecht bedeutungslos zu machen. Vor das Plenum des Reichstags kamen diese Kommissionsbeschlüsse nicht.

Dann ruhte die Frage im Reichstage 18 Jahre. Das Sozialistengesetz machte die Arbeitervereine völlig vogelfrei, besonders auch vermögensrechtlich. Eine an den Bundesrat und Reichstag 1885 gerichtete Petition der Deutschen Gewerbevereine, die Frage im Sinne der früheren Schulze-Delitzsch'schen Anträge zu regeln, blieb erfolglos. Als dann 1890 die bekannten sozialpolitischen Erlasse Wilhelms II. erschienen waren, glaubten die Freisinnigen unter Führung von Dr. Max Girsch, die Regierung und die Reichstagsmajorität für einen von ihnen eingebrachten Gesetzentwurf gewinnen zu können. Es blieb bei Kommissionsbeschlüssen, die dann in jeder der folgenden Sessionen von den Freisinnigen und vom Zentrum als selbständige Anträge wieder eingebracht wurden.

Brennend wurde die Frage in der Session 1895/96 bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Der Entwurf wollte solche politische, sozialpolitische und religiöse Vereine, die der reaktionären Staatsgewalt unliebsam, unter allen Umständen außerhalb des normalen Rechts gestellt wissen, und zwar, wie die Motive sagen, in Rücksicht auf den „Wachstums“, der unerkennbar mit der Erlangung der Rechtsfähigkeit verbunden ist“.

Nach den in das Bürgerliche Gesetzbuch übergegangenen Beschlüssen des Reichstags ist das Recht auf Eintragung der Vereine, die einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgen, in das Belieben der Verwaltungsbehörden gestellt, gegen deren Entscheid nur das Verwaltungsstreitverfahren zulässig ist. Auch kann einem Verein, der nach seiner Satzung einen derartigen Zweck nicht hat, die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er einen solchen verfolgt, oder wenn er durch einen gesetzwidrigen Beschluß der Mitgliederversammlung oder durch gesetzwidriges Verhalten des Vorstands „das Gemeinwohl gefährdet“. (§ 43 d. Bürgerlichen Gesetzbuchs.)

Freiherr v. Stumm hatte im Plenum des Reichstags rücksichtsloseste Obstruktion angekündigt für den Fall, daß man sich entschließen sollte, den Berufsvereinen ihr Recht zu gewähren. Und so wurde denn eine Resolution beschloffen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß „die Rechtsverhältnisse der Berufsvereine baldmöglichst einheitlich geregelt werden“.

Für die gewerkschaftlichen oder politischen Kämpfen dienenden Organisationen ist die im Bürgerlichen Gesetzbuch konstruierte Eintragungsbefugnis, durch die im Grunde genommen nur eine vom willkürlichen Ermessen der Polizei abhängige Rechtsfähigkeits-Konzession verlangt werden kann, völlig wertlos. Freie Gewerkschaften und politische Vereine der Sozialdemokratie haben auf die Eintragung

verzichtet, weil — wie auch wir das seinerzeit eingehend dargelegt haben — dabei fragwürdige Vorteile durch sichere Nachteile stark überwogen werden. Vor allem kommt in Betracht, daß mit Entziehung der Rechtsfähigkeit die Tätigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation gerade in dem Moment lahm gelegt werden könnte, wo die Organisation für die Arbeiter am nötigsten ist, z. B. bei einem großen Ausstände.

Jetzt nun ist die Frage wieder aktuell geworden. Wiederholt, zuletzt am 30. Januar 1904, hat der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, namens der verbündeten Regierungen deren „grundsätzliche Geneigtheit“ kundgegeben, der eben erwähnten Resolution des Reichstags zu entsprechen. Aber er hat gelegentlich seiner vorerwähnten letzten Kundgebung auch folgendes gesagt: „Die verbündeten Regierungen gehen von der Auffassung aus, daß in ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die Arbeiter in den meisten Staats- und gewissen öffentlichen Betrieben, welche dringende und wichtige Aufgaben der Allgemeinheit zu erfüllen haben, nicht einbegriffen sind.“

Graf v. Posadowsky bekennt sich damit offen zu dem Grundsatze der reaktionären Gewalten, daß solchen Arbeitern das Koalitionsrecht überhaupt nicht zu gewähren ist. Er fügte hinzu:

„Die verbündeten Regierungen gehen ferner von der Auffassung aus, daß bei einer derartigen gesetzlichen Regelung Vorsorge zu treffen ist, daß auch die Minderheit ausreichend geschützt ist, und sich Berufsvereine, welche die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter betreffen, von den gesetzlich und statutarisch festzulegenden Grundlagen nicht entfernen dürfen.“

Daß der jetzt der Beratung des Bundesrats unterliegende Gesetzentwurf durchaus diesen Auffassungen entspricht, darf man als sicher annehmen. Von einer wirklichen „Ausdehnung und Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter“, die sowohl konservative wie nationalliberale Blätter von ihm befürchten, kann zweifellos nicht die Rede sein. Eine Neuzugung der parteiunabhängigen Konservativen Korrespondenz betonte, daß die Konservativen einer „Ausdehnung des Koalitionsrechts“ nur dann zustimmen werden, wenn „für den erforderlichen Schutz der Arbeitswilligen“ gesorgt wird und die Berufsvereine für einen „Mißbrauch ihrer Rechte“ straf- und zivilrechtlich haftbar gemacht werden. Schärfere noch hat sich dieser Tage die Deutsche Tageszeitung ausgesprochen:

„Man wird über die Tatsache nicht hinwegkommen, daß der Entwurf einen Akt der Schwäche gegenüber dem sozialpolitischen Nebeneifer des Reichstags darstellt. Man sollte doch meinen, daß der Sozialdemokratie schon jetzt ein sehr weites Spielraum der Betätigung gewährt ist; eine weitere Kräftigung der umstürzlerischen Organisationen muß notwendig dazu führen, daß die ganze Gewerbetätigkeit des Reiches in immer wachsendem Maße unter unerträglichen Druck gestellt wird. . . . Es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß die Reichsregierung von dem aufrichtigen Willen erfüllt ist, der politischen Umstürzbewegung, wie sie von der Sozialdemokratie vertreten wird, keine neuen Kraftelemente zuzuführen. Die Gerechtigkeit aber, die man den Gewerkschaften bezüglich der Befugnisse zu juristischer Ausgestaltung ihrer Organisationen zuteil werden lassen möchte, könnte zu einem schweren Unrecht allen denen gegenüber werden, welche die Folgen dieser gewerkschaftlichen Vereinsfreiheit zu tragen haben; man hätte sich, durch gesetzliche Maßnahmen die Wasser anzuhaken zu lassen, die das sozialdemokr. Mühlenwerk antreiben. Die Gewerkschaften haben bisher noch nicht die mindeste Neigung offenbart, einen unzweideutigen Trennungstrieb zur politischen Partei hin zu ziehen. Der Weg zur sozialen Versöhnung könnte uns nach — Jena führen.“

Das Agrarier-Organ ereifert sich ganz unnötig. Ist ihm wirklich ein so hoher Grad von Naivität eigen, zu glauben, daß die Gewerkschaften geneigt sein könnten, um den Preis „unzweideutiger Trennung von der politischen Partei“ sich dessen würdig zu erweisen, was Graf v. Posadowsky ihnen als „Gerechtigkeit“ zuwenden will?! Auf diese Art von „Gerechtigkeit“, die die Berufsvereine polizeilicher Beschränkung und Kontrolle unterwerfen und Millionen von Arbeitern gesetzlich rechtlos machen will, verzichten sowohl die Gewerkschaften wie die politische Partei! Sie haben bewiesen, daß sie ihren Aufgaben auch ohne „Rechtsfähigkeit“ genügen können. Die Befürchtung der Reaktionäre, Graf v. Posadowsky und die verbündeten Regierungen könnten gewillt sein, der „Umstürzpartei“ Konzessionen zu machen, der Sozialdemokratie neue Kraftelemente zuzuführen, ist absurd. Der Entwurf hat ganz gewiß die entgegengekehrte Tendenz; man glaubt ein Gegengewicht wider die freie selbständige Arbeiterorganisation schaffen zu können und im übrigen Wortwand zu gewinnen, ernsthaft an die „Revision“ des Koalitionsrechts der Arbeiter zu gehen, d. h. es noch weiter einzuzengen. Unsere Partei und die Gewerkschaften tun gut, sich darauf vorzubereiten. (S. E.)

Die Tabaksteuervorlage.

Die Stengelsche Tabaksteuervorlage ist endlich im Bundesrat mit Ach und Krach zustande gekommen. Ein Bündel von Abänderungsvorschlägen war zu dem ursprünglichen Projekt gestellt. Auf die Fabriksteuer wagte man nicht zurückzugreifen, weil sie in den Sessionen 1894 und 1895 zweimal vom Reichstag rundweg abgelehnt wurde. Deshalb versuchte es jetzt Herr v. Stengel, den Zoll auf ausländischen Tabak nach dem Wert des Tabaks zu erhöhen, also Staffeln einzuführen, aber dieser Plan wurde sogar schon im Entstehen erdrückt durch den Einspruch des gesamten, speziell des Bremer Tabakhandels. Nun blieb dem steuerhungrigen Fiskus nichts übrig, als die mechanische Erhöhung des bisherigen Zolles und der Inlandssteuer.

Auch hierzu lagen mehrere Abänderungsanträge aus verschiedenen Einzelstaaten vor. Alle jedoch hielten daran fest, daß der Tabak ca. 40 Mill. Mark jährlich mehr einbringen soll, so daß die Tabaksteuerung statt, wie jetzt 70 Millionen, künftig 110 Mill. Mark ergeben würde. Das ist bei einer Gesamtproduktion von jährlich ca. 500 Mill. Mark eine ungeheuerliche Steuererpressung, die die Tabakindustrie zugrunde richtet und für das Monopol reift macht. Auf dieses Ziel ist auch die ununterbrochene Beunruhigung der Tabakindustrie und die höhere Besteuerung des Tabaks gerichtet. In den Abänderungsvorschlägen im Bundesrat kam die wirtschaftliche Lage der Staaten zum Ausdruck. Die süddeutschen Staaten, wo der Tabakbau immerhin noch stark vertreten ist, wollten eine möglichst geringe Erhöhung der Inlandssteuer, angeblich zum Schutze des inländischen Tabaks, während Sachsen, wo die Industrie alles überwiegt und kein Tabakbau vorhanden ist, die höchste Inlandssteuer gefordert hat, also den Industriearbeitern den inländischen Knaster nicht gemag verteuern konnte.

Die Erhöhungsvorschläge schwanken zwischen 12,70 Mk. und 35 Mk. Von 45 Mk. pro Doppelzentner sollte die Steuer auf 57,70 und 80 Mk. steigen. Man hat sich dann auf den Satz von 63 Mk. geeinigt, so daß nun die Sätze der Vorlage folgendermaßen lauten:

Inlandssteuer	von 45 auf 63 Mk. pro Doppelzentner
Zoll auf Schneidtabak	85 " 110 " " "
" " Zigarrentabak	85 " 125 " " "
" " Auslandszigarren	270 " 700 " " "
" " Auslandszigaretten	270 " 800 " " "
Zigarettenpapierstempel (neu)	2 " " 2000 Blatt

Diese exorbitanten Erhöhungen sollen, wie gesagt, 40 Mill. Mark mehr einbringen, als die jetzige Besteuerung; der Zigarettenpapierstempel soll allein 8 Mill. Mark ergeben.

Aus dieser Vorlage geht aufs neue hervor, daß die Regierungen rücksichtslos Lasten auf die ärmsten Bevölkerungsklassen abwälzen. Die mechanische Erhöhung des Tabakzollens muß eine Verteuerung der billigeren Fabrikate, der 4, 5 und 6 Pfg.-Zigaretten zur Folge haben, also gerade der Fabrikate, die von den arbeitenden Klassen verbraucht werden. Und da die Verteuerung dieser Preislagen ca. 85 Proz. der Gesamtproduktion trifft, so muß auch der durch die Verteuerung bewirkte Rückgang des Konsums sehr stark und der Industrie verderblich werden. Geht der Konsum nur um ein Fünftel zurück, dann wird auch ein Fünftel der Tabakarbeiter arbeitslos. Die Gesamtindustrie beschäftigt ca. 200 000 Arbeiter, demnach verhängt diese Steuererpressung über ca. 40 000 Arbeiter den Hungerstreifen, die Arbeitslosigkeit.

Die aufblühende Zigarettenindustrie soll jetzt zum erstenmal ernstlich mit geschöpft werden. Zwar hat man ihr den Köder einer starken Zollerhöhung hingeworfen, um sie angeblich vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen, aber dieser "Schutz" wird wieder zunichte gemacht durch die Verteuerung des Inlandsproduktes durch die Papierstempelsteuer. Auch diese trifft hauptsächlich die ärmeren Klassen, die 1 und 2 Pfg.-Zigaretten rauchen. Tausend 1 Pfg.-Zigaretten kosten jetzt etwa 5—6 Mk. und sind bei der heutigen Tabaksteuerung mit mehr als 1 Mk. Zoll belastet. Dazu soll nun der Papierstempel von 1 Mk. und die neue Zollerhöhung von ca. 50 Pfg. noch treten. Daß diese Verteuerung einer Vernichtung des jetzt blühenden Geschäftes in 1 Pfg.-Zigaretten gleichkommt, bedarf keiner besonderen Erklärung. Also auch hier wird der arme Konsument und mit dem in dieser Fabrikation am stärksten eintretenden Konsumrückgang wieder der Arbeiter am härtesten getroffen.

Gegenüber dieser Belastung von Verbrauchsmitteln der arbeitenden Klassen ist die starke Zollerhöhung auf Auslandszigarren und Auslandszigaretten nur ein Dekorationstitel, denn für die Raucher von Savanna-Importen usw. ist es belanglos, ob eine Zigarre 5 Pfennige mehr kostet; diese Luxussteuer bringt obendrein nichts ein, weil der reichen Leute zu wenig sind. Indirekte Steuern bringen nur etwas ein, wenn sie auf den Massenkonsum berechnet sind, so auch beim Tabak. Auf die arbeitervernichtende Wirkung der Tabaksteuervorlage legt die Regierung nicht viel Gewicht, sie rechnet zwar mit einem starken Rückgang des Konsums, "aber nur für die ersten Jahre". Diese der Motivierung beigegebene saloppe Bemerkung läßt nur das fiskalische Interesse durchblicken; die volkswirtschaftlichen Schäden: Produktionsstörung, Industrievernichtung, Arbeiterentlassungen, Arbeitslosigkeit, kommen für die Regierungen anscheinend gar nicht in Betracht, wenn nur die Steuereinnahmen des Fiskus anschwellen.

Diese neueste Steuermissetat steht übrigens in grellem Widerspruch zur Haltung der Reichsregierung vor zehn Jahren. Damals, als Graf Posadowsky noch Schatzsekretär des Reiches war und die vom preussischen Finanzminister Miquel ausgetretete Tabakfabriksteuer zu verteidigen hatte, behaupteten alle Finanzminister — Graf Posadowsky, Miquel und auch der bayerische, v. Riedel — daß die Fabriksteuer die einzige Art der Besteuerung sei, durch die höhere Erträge aus dem Tabak geschlagen werden könnten. Graf Posadowsky bezeichnete die jetzt beliebte mechanische Erhöhung des Zolles auf Rohtabak als "technisch ganz unmöglich", das "jetzige Steuersystem schützt den Tabak vor jeder Erhöhung der Steuer absolut". In derselben Reichstagsitzung vom 21. Januar 1895 lehnte Posadowsky auch die Einführung von Staffeln ab, die der Rohtabak nach dem Wert belasten, entschieden ab mit der Bemerkung: "Auch dieser Weg ist nicht gangbar; es bleibt nichts übrig, als das Monopol oder die Tabakfabriksteuer."

Er schloß dann mit dem emphatischen Ausrufe: "Will man höhere Erträge aus der Tabaksteuer haben, so führt kein anderer Weg nach Rückwärts." Noch deutlicher hatte vorher der schlaue Miquel, der Vater des Fabriksteuerprojektes, die Stellung der Regierung präzisiert und zwar in der Reichstagsitzung vom 15. Januar 1894 mit den Worten: "Sie können eine Steigerung der Einnahmen des Reiches aus dem Tabak nur in dieser Form der Fabriksteuer erreichen. Wenn Sie die Form grundsätzlich ablehnen, so beschließen Sie den Verzicht auf eine Besteuerung des Tabaks höher als 1,20 Mk. pro Kopf."

Nun, der Reichstag lehnte zweimal nacheinander in zwei Sessionen grundsätzlich die Fabriksteuer ab und legte damit die Regierung auf ihre Erklärungen fest. Viele hofften, die Regierung werde daraufhin den Tabak in Ruhe lassen, sie haben sich getäuscht.

Die Feinde des Tabaks, richtiger: die Feinde der eignen Steuerzahlung, die die Lasten des Reiches aus den Taschen anderer bezahlen lassen wollen, speziell die Agrarier, schrien Jahr für Jahr, besonders aber wenn höhere Ausgaben für den Meloch Militarismus neue Steuern notwendig machten, nach höherer Besteuerung des Tabaks oder nach Einführung des Tabakmonopols. Zwar ließ die Regierung oftmals offiziöse Fühler austreten, ob wohl Stimmung dafür in maßgebenden Kreisen vorhanden sei, aber sie stieß dabei auf so harte Opposition, daß sie die Fühler wieder einzog. Als bei der Beratung des berichtigten Wucherzolltariffes die Agrarier einen Antrag auf Erhöhung des Tabakzollens in der jetzt beabsichtigten Höhe einbrachten, erklärte Graf Posadowsky als Stellvertreter des Reichstanzlers, die Regierung denke nicht daran, den Tabak höher zu besteuern, wie aus den Berichten unseres Blattes aus der Zolltariffkommission nachgelesen werden kann.

Indes, die Schatzsekretäre v. Thielmann, sowie sein Nachfolger v. Stengel haben mehrfach mit der Höherbesteuerung des Tabaks gedroht und die Tabakindustrie damit beunruhigt, bis nun dieser das oben besprochene Blatte Projekt als Vorlage für den Reichstag zusammengestellt hat.

Ganz abgesehen davon, daß man der Regierung ihre eigenen früheren Ablehnungsgründe gegen dieses Projekt an den Kopf werfen kann, ist es an sich schon unannehmbar wegen seiner unheilvollen Wirkung für die gesamte Tabakindustrie. Der starke Rückgang des Konsums würde nicht nur, wie schon ausgeführt, Zehntausende von Tabakarbeitern brotlos machen, sondern auch eine große Zahl von Kleinfabrikanten zerreiben, so daß auch nach dieser Richtung dem Monopol freiere Bahn gemacht würde. Denn je geringer die Zahl der Unternehmer ist, um so leichter läßt sich die Ablösung der Privatindustrie vollziehen. Es haben also Unternehmer wie Arbeiter hohes Interesse an der Ablehnung der Vorlage, die Arbeiter allerdings ein ungleich höheres, weil das Unternehmertum den Schaden zum Teil durch Lohndruck auf die Arbeiter abzumwälzen suchen wird, wie es bereits nach der Steuererhöhung 1879 der Fall war. Daher waren die Arbeiter auch die ersten auf dem Plane zum Kampf gegen die neue Steuererhöhung.

Aber auch die gesamte Arbeiterschaft hat ein großes Interesse an der Ablehnung des Projektes, denn es verteuert ein unentbehrlich gebildenes Genusmittel, und außerdem droht die Konkurrenz von 30—40 000 brotlos werdenden Tabakarbeitern. Das sind Schäden, die die gesamte Arbeiterschaft auf den Plan rufen müssen zu entschiedenem Kampfe gegen die neue Tabaksteuer. (R. B.)

Rundschau.

Die Gesamtausgaben des neuen Reichshaushaltsetats weisen eine Steigerung von 259 Millionen Mark gegen den laufenden Etat auf. — Ob dabei wohl eine einzige Mark für Arbeiterzwecke ist?

Zu bayerischen Landtage hat die sozialdemokratische Fraktion noch folgende Anträge gestellt: 1. Die Regierung möge dem Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den das jetzige Vereinsgesetz im Sinne einer vollen Versammlungs- und Vereinsfreiheit abgeändert wird.

Die Denkschrift über das Kartellwesen, die im Reichsamt des Innern ausgearbeitet wird, soll nach offiziöser Meldung noch im Dezember dem Reichstage zugestellt werden. Es wird dazu ausgeführt:

"Anfänglich hatte man nur beabsichtigt, in der Denkschrift eine Uebersicht über den Inhalt und die Ergebnisse der im Reichsamt des Innern bisher stattgehabten kontraktlichen Verhandlungen betreffs der verschiedenen Kartelle der Kohlen-, Eisen- und Stahl-, Papier- usw. Industrien zu geben, im Verlaufe der Ausarbeitung ist man jedoch dazu übergegangen, eine ausführliche Darstellung der Entwicklung des gesamten Kartellwesens in der deutschen Industrie zu entwerfen. Des weiteren wird in der Denkschrift eine Statistik des deutschen Kartellwesens enthalten sein, wie sie bisher noch nicht in gleicher Vollständigkeit vorhanden ist. Schließlich werden im Wortlaut die Verträge wiedergegeben werden, die die bestehenden etwa 400 Kartelle zwischen ihren Mitgliedern und mit ihren Abnehmern geschlossen haben. Es wird demgemäß in der Denkschrift ein Material über das deutsche Kartellwesen geboten werden, wie es in einem solchen Umfange noch nicht vorhanden war. Selbstverständlich ist lediglich amtliches Material als Grundlage für das Werk verwendet worden. Wie wir hören, wird die Denkschrift auch nach ihrer Einbringung im Reichstage im Buchhandel erscheinen, so daß allen am Kartellwesen interessierten Kreisen Gelegenheit geboten sein wird, sich über diese amtliche Verlautbarung genau zu unterrichten."

Es darf wohl angenommen werden, daß die Denkschrift im Reichstage auch Anlaß zu lebhaften und interessanten Debatten über das Kartellwesen geben wird. Ob es daraufhin aber zu irgendwelchen Versuchen, die mit dem Kartellwesen verbundenen Mißstände zu beheben oder zu mildern, kommen wird, ist sehr fraglich.

Abgelehnt. Gelegentlich der allgemeinen Bauarbeiterausperrung in München erhielt ein Architekt einen Transport italienischer Kulis, die mittels Droschken nach der Baustelle befördert wurden. Es sammelte sich vor dem Bau eine an die tausend Personen zählende Menge, die von der Schutzmannschaft vergeblich zum Auseinandergehen aufgefordert wurde. Auch ein Streikposten, der sich dem Schutzmann als solcher legitimiert, wurde vom Plage

gewiesen. Er leistete der Aufforderung keine Folge und erhielt ein auf 20 Mk. lautendes Strafmandat wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnung und Uebertreten einer Straßenpolizeivorschrift. In der Einspruchsverhandlung gab der Schutzmann zu, daß sich der Streikposten als solcher legitimiert, aber seiner Aufforderung nicht Folge geleistet habe. Der Verteidiger bestritt, daß der Angeklagte dieser Aufforderung Folge zu leisten brauchte, da das Streikpostenstehen ein gutes Recht der Arbeiterschaft sei und das Interesse des Streikpostens an diesem Abend ein größeres gewesen sei, als das Interesse der Schutzmannschaft, den Platz zu räumen. Das Gericht sprach den Angeklagten in Würdigung dieser Ausführungen frei. In den Urteilsgründen wurde festgestellt, daß das Streikpostenstehen als solches erlaubt sei und daß der Angeklagte, so lange nicht andere Interessen in Frage standen, durch sein Verhalten die öffentliche Ordnung nicht gestört war, der Aufforderung des Schutzmanns nicht Folge zu leisten brauchte!

Natürlich ganz unsere Meinung! — Irgendwelche Hoffnungen auf einen Umschwung in unserer Rechtspflege, der den Streikposten die gesetzlich gewährleistete Ausübung ihres Koalitionsrechtes sicherstellte, dürfen die deutschen Arbeiter aus Anlaß eines solchen Einzelfalles sich nicht machen.

Quittung.

Für Agitation zur Bekämpfung der neuen Tabaksteuerung gingen in der Zeit vom 21. bis 27. d. Mts. beim Unterzeichneten ein:

Schwibus durch Max Jenck, 1. Rate	8.— Mk.
Schwerin a. B. durch Karl Alber, 1. Rate	11,25 "
Göslar a. S. durch R. Hartmann, 1. Rate	8.— "
Bamberg durch Joseph Wunder, 1. Rate	4.— "
Speyer durch Karl Zahn, 1. Rate	10.— "
Schönlanke durch Emil Feuer, 1. Rate	40.— "
Altenbruch durch Gustav Schöpl, 1. Rate	5.— "
Bremerhaven durch Georg Fettes, 1. Rate	15.— "
Karlsruhe durch Jakob Nieder, 1. Rate	5.— "
Osabrück durch H. Theil, 1. Rate	30.— "
Winsen a. d. Ube durch Ernst Schulz, 1. Rate	5.— "
Orjow durch Mik. Holtwid, 1. Rate	26.— "
Dahme durch Paul Müller, 2. Rate	15.— "
Ohlau durch Hermann Müller, 1. Rate	20.— "
Berlin, Fabrik Phänomen	23,40 "
" " Vaxceveniba	8.— "
" " Garbaty	43,72 "
" " Herbstolt	5,45 "
" " Problem	20,50 "
" " Janina	4,50 "
" " Manoli	38,65 "
" " Jojetti	23,90 "
Summa	363,37 Mk.
Bereits quittiert	520,20 "
Summa	883,57 Mk.

Fritz Sperber, Kassierer, Berlin N. 28, Kuppler Str. 44.

Berichte.

Frankfurt a. M. Am 12. November fand bei H. Pring eine Tabakarbeiter-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: Die von der Regierung geplante Tabaksteuer. Die Kollegen W. Frey, Ludw. Münch und Advokat nahmen dazu das Wort und erklärten die jetzige und die geplante Tabaksteuer. Es wurde darauf hingewiesen, daß, wenn dieselbe in Kraft trete, wieder eine große Anzahl von Tabakarbeitern brotlos würde; hiergegen müßten alle Kollegen und Kolleginnen energisch Protest erheben und mit allen gesetzlichen Mitteln dagegen kämpfen. Zum Schluß wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus W. Frey, Ludw. Münch und Georg Engel.

Frankfurt a. O. Eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung am 20. November 1905 im Vorwärts beschäftigte sich mit der bevorstehenden Tabaksteuervorlage. Der Referent Hugo Wehner besprach in seinem Vortrag die Finanzpolitik der Regierung, welche seit ca. 30 Jahren eine fortwährende steigende Belastung des Volkes vornahm, wovon die Tabakindustrie besonders schwer getroffen ist. Denn schon 1875 erklärte Bismarck im Reichstage: "Ich kann die Zeit kaum erwarten, wo der Tabak mehr bluten muß." 1879 erfolgte eine "Reform" des Zolltariffs, dadurch wurde der Zoll auf Tabak von 24—85 Mark und die Steuer von 2—45 Mark pro Doppelzentner erhöht, dadurch hatte die Regierung eine Mehreinnahme, die jetzt ca. 66 Millionen Mark beträgt. 1882 legte man dem Reichstag das Monopolprojekt vor, welches aber nach kurzer Beratung abgelehnt wurde. Dann verlangten 1891 die Konservativen durch eine Resolution die Erhöhung des Zolls von 85 auf 125 Mark, die Herabsetzung der Steuer auf inländischen Tabak von 45 auf 24 Mark. Diese Resolution wurde abgelehnt. 1893—95 wurde zweimal eine Tabakfabriksteuer eingebracht, sie wurde in einer Kommission mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt. 1898/99 erklärte der bayerische Minister Riedel, man müsse erst den Zolltarif unter Dach und Fach haben, dann komme der Tabak auch wieder dran. Redner bespricht dann das neue Tabaksteuerprojekt und fordert alle Tabakarbeiter auf, gegen dieses Vorgehen der Regierung Front zu machen und sich immer mehr und mehr dem Deutschen Tabakarbeiterverband anzuschließen, nur Einigkeit mache stark. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus und ermahnten alle nicht-organisierten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, sich der Organisation anzuschließen. In die Kommission wurden die Kollegen Franz Klauke, W. Schulz, R. Schulz, P. Weigmann und C. Strehl gewählt. Eine Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Serford. Protestversammlungen gegen die Mehrbelastung des Tabaks sind bis jetzt in Hiddenshausen, Lippstadt, Südlengern, Werther, Bünde, Oerlinghausen, Lübbecke, Dettinghausen, Enger gewesen. In sämtlichen Orten, mit Ausnahme der beiden letzten, wo Genosse Hoffmann-Bielefeld referierte, hatte Kollege Klingshagen das Referat übernommen. In Menninghaffen hat eine Versammlung stattgefunden, welche von dem Herrn Wertmeister einberufen war, zu dieser war nun der von dem Kreis Serford gewählte konservative Reichstagsabgeordnete Malermeister Meier dazu eingeladen und ersucht worden, das Referat zu übernehmen. Aber einige Kollegen von dort hatten Klingshagen und Hoffmann hierzu auch eingeladen. Nachdem Herr Meier seinen Vortrag beendet hatte, bat Hoffmann ums Wort, aber es wurde vom Vorsitzenden nicht erteilt. Es wurde eine Resolution der Versammlung vorgelesen; zu derselben erhielt nun Hoffmann das Wort. Als er die Resolution kritisierte, wurde ihm das Wort vom Vorsitzenden entzogen. Zur Geschäftsordnung erhielt dann Klingshagen das Wort. Aber mit dem wurde noch ganz anders verfahren, es wurde ihm samt Hoffmann das Wort verboten. Bei der zweiten Aufforderung verließen sie dann den Saal, nahmen aber zwei Drittel der Anwesenden mit hinaus. Aber am 29. d. M. findet dafelbst eine Versammlung statt, da wird Kollege Klingshagen mit dem Malermeister Meier abgerechnet. Auf eine Anfrage unsererseits, wie er sich zu der Tabaksteuer stelle, hat Herr Meier uns folgenden Brief geschrieben:

Bielefeld, 4. November 1905.

Herrn Heinrich Klingshagen, Serford.
Auf Ihre geistige Anfrage teile Ihnen mit, daß unsichere, auf Vermutung beruhende Zeitungsnachrichten noch nicht gestatten, eine bestimmte Stellung zu nehmen; das kann erst bei einer Ne-

gierungsborlage gesehen. Jedenfalls würde ich mich gegen etwaige Bestimmungen, die ich als eine empfindliche Schädigung unserer einheimischen Tabak- und Zigarrenindustrie erkenne, ablehnend verhalten.

Achtungsvoll R. Meyer, Mitglied des Reichstags.
Einer göllichen Schädigung der einheimischen Tabak- und Zigarrenindustrie gegenüber würde demnach Herr Meyer sich nicht ablehnend verhalten, nur empfindlich darf die Schädigung nicht sein. Das ist aber ein sehr relativer Begriff. Die Hauptsache ist, daß Herr Meyer schon 2 1/2 Jahre Reichstagsabgeordneter in diesem Tabakwahlkreis ist und noch nicht weiß, daß die Winden-Nabensberger Tabakarbeiter auch nicht die geringste Mehrbelastung der Tabakindustrie mehr vertragen können.

Ferner haben sich noch zu Versammlungen gemeldet die Orte Spenge, Salzuflen, Lage, Jellenbei, Froheim, Lübbecke. Alle wünschen einen Sonntag, das ist nun nicht möglich, daß Klingenbagen das alles bewältigen kann. Darum werden die Orte gebeten, wo es möglich ist, doch einen Wochentag zu nehmen. Auch bittet die Kommission Herford die einzelnen Orte, die Unkosten dort zu decken, denn wir sind nicht in der Lage, dieses allein zu tun. Die gewählten Kommissionen müßten ihre Gelder an unsere Kassierer A. Bremer, Eimterstraße, oder an G. Heidemann senden. Es wäre auch sehr wünschenswert, wenn die Obmänner der einzelnen Kommissionen ihre Adressen an G. Heidemann senden würden, damit wir in einen brieflichen Verkehr treten können, denn es gibt noch vieles zu tun.
In allen Versammlungen wurden Erfolge für den Verband erzielt.

Speier. Am 13. November tagte im Kleinen Storchenteller eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die Tabaksteuer und ihre Folgen für die Tabakarbeiter; 2. Wahl einer Kommission; 3. Verschiedenes. Kollege Glaser eröffnet die Versammlung und erteilt zum 1. Punkte dem Kollegen Anne das Wort, welcher in längeren Ausführungen über die höhere Besteuerung des Tabaks und deren Folgen für die Tabakarbeiter referierte. Er kritisierte hauptsächlich das Verhalten des Zentrums zu den Verbrauchsteuern und forderte am Schluß die Antwesenden auf, eifrig für den Verband zu agitieren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Angesichts der Notlage der gesamten Tabakarbeiter und angesichts der enormen Verteuerung der Fleischmahrung, sowie im Hinblick auf die im nächsten Jahre beim Inkrafttreten des neuen Zolltarifs zu erwartende weitere Verteuerung der notwendigen Lebensmittel protestiert die Versammlung auf das entschiedenste gegen jede Mehrbelastung des Tabaks, gleichviel, in welcher Form und auf welche Sorten sie auch geplant sein möge.“ Weiter wurden folgende Kollegen und Kolleginnen in die Kommission gewählt: Adolf Anne, Karl Zahn, Johann Treutlein, Heinrich Dofer, Jakob Hauenstein, Marie Weber, Marie Kapp; Karl Zahn wurde als Obmann gewählt. Zu Punkt Verschiedenes fordert Kollege Anne die Anwesenden auf, ihr Fachblatt eifriger zu lesen, damit sie in Verhandlungsangelegenheiten besser informiert sind. Kollege Glaser schließt hierauf mit einer Aufforderung an die Nichtorganisierten, sich dem Verband anzuschließen, die Versammlung.

Stuttgart. Am 12. November fand hier eine öffentliche Tabakarbeiter-Protivversammlung statt mit der Tagesordnung: Die geplante Tabaksteuer. Referent war Kollege Wildemann. Redner schilderte eingehend, wie der Tabak seit 30 Jahren schon mit Steuern belastet ist, und daß es nicht mehr möglich ist, noch weitere Steuern aus dem Tabak herauszuschlagen, ohne der Tabakindustrie den Garau zu machen. Die von der Regierung geplante Tabaksteuer wolle weitere 40 Millionen Mark Steuer auf den Tabak legen, nicht genug, daß man jetzt jährlich 70 Millionen aus dem Tabak herausschlägt. Aber der militäristische Moloch erheischt immer weitere Millionen, da solle der Tabak nieder bluten. Da hätten die Tabakarbeiter alle Ursache, energischen Protest zu erheben und die Abgeordneten der Wahlkreise darauf aufmerksam zu machen, welche schädliche Wirkung die Tabaksteuer habe, damit die geplante Tabaksteuer in den Papierkorb verschwinde. Nicht allein die Tabakarbeiter sind geschädigt damit, sondern auch die Konsumenten werden es zu verspüren bekommen, wenn die Vorlage Gesetz werden sollte. Redner schildert, daß heute schon der Doppelzentner Tabak 85 Mk. an Zoll kostet, nun sollten, nach der geplanten Vorlage, noch weitere 40 Mk. draufkommen, das wäre dann 125 Mk. an Zoll. Wird die von der Regierung geplante Steuer Gesetz, so werden die Tabakarbeiter es schwer zu büßen haben, denn die Fabrikanten werden den Schaden auf die Arbeiter abzuwälzen suchen, die jetzt schon am Hungertuche nagen, denn die Tabakarbeiter sind bis jetzt schon die schlechtest behafteten Arbeiter aller Berufsarten. Heider Beifall wurde dem Referenten zuteil. An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Weimüller und Schwind. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Eglh die gutbefundene Versammlung auf, tatkräftig den Protest zu unterstützen; bei solch wichtiger Sache bedürfe es Geld, um den Protest zu beschleunigen, denn es gilt, keine Zeit zu verlieren, um den Regierungsforderungen einen Damm entgegenzusetzen. Dann wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt, welche die Protestbewegung zu leiten habe; es sind dies die Kollegen: Wildemann, Eglh, Weimüller, Dieboldt und Steinlauf.

Literarisches.
Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 9. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein warnendes Exempel. — Die Tabaksteuer. Von Friedrich Geher-Leipzig. — Neue Marinereformen. Von einem Fachmann. — Richtung und Partei. Von R. Stampfer. — Von der Sechsmaschine und ihren Wirkungen. Ein Beitrag zur Frage der zünftlerischen Neigungen in den Gewerkschaften. Von Otto Ullig-Dresden. — Literarische Rundschau: Dr. med. Mathilde Sola, Wissenschaft und Sittlichkeit. Von Lea Heiden-Deutschnau. — Notizen: Nochmals die Herausgabe des Marginalen Nachlasses. Von R. Kautsch.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.
Andersens Märchen und Geschichten. Ausgewählt vom Hamburger Jugendbücherei-Ausschuß. Buchschmuck von E. Sitner, Hamburg: 19 Vollbilder in vier und fünf Farben; 20 Initialen in drei Farben; gezeichnete dreifarbigere Vorlag; gezeichneter zweifarbigere Deckel. Sorgfältigste Wahl des Papiers und der Typo. 160 Seiten. Preis gebunden 1.25 Mk. Nach auswärts: Postpaket (acht Exemplare = 10 Mk) franko. Verpackung unberechnet, gegen Einhebung des Betrages. Auflage 15 000 Exemplare. — Dieses mit bestem Willen sorgfältig gehaltene Buch soll etwas geben, was bisher keine Volksbücherei zu leisten vermochte: Das billige Buch als farbiges Kunstwerk. Ein Künstler hat es im Auftrage von Arbeitern für Arbeiter geschaffen. Die große Zahl von 15 000 Exemplaren legt es uns nahe, auch die Freunde der öffentlichen Bewegung im übrigen Deutschland zu bitten, unser Vorhaben zu fördern. Durch weitere Verbreitung des Buches hoffen wir, zu ähnlichen Herausgaben, zur Arbeit in unserer Art auch anderwärts anzuregen. — Zu beziehen durch H. Voel, Hamburg 18, Sedanstraße 9, R.

Gaukonferenz des 15. Gau.

Am Sonntag, den 10. Dezember 1905, vormittags 10 Uhr, findet in Berlin, Weinstraße Nr. 11, im Lokal des Herrn Feind die Konferenz des 15. Gaues statt.

Tagesordnung: 1. Die Reorganisation im Verbande. Referent: Max Müller. 2. Agitation und Organisation im 15. Gau. Referent: Max Kiesel. 3. Die drohende Tabaksteuer und ihre Gefahr für das gesamte Gewerbe. Referent: Franz Schmidt.
Wir eruchen nunmehr, in nachfolgenden Zahlstellen: Beelitz, Belgig, Berlin, Bernau, Brandenburg, Dahme, Dobrilugk, Driesen, Eberswalde, Finsterwalde, Forst i. L., Frankfurt a. O., Friedeberg i. M., Fürstenwalde, Guben, Jüterbog, Königswusterhausen, Kottbus, Müritzn, Kyritz, Landsberg a. W., Ludau, Ludenwalde, Lübben, Münsching i. M., Nauen, Neudamm, Neuenpinn, Potsdam, Prenzlau, Rathenow, Rixdorf, Schwedt a. O., Schmiebus, Senftenberg, Sommerfeld, Sorau, Spandau, Spremberg, Starow, Trebbin, Treuenbriegen, Velten, Waltersdorf b. C., Wusterhausen a. D., Zehdenitz, Zossen, Züllichau; Kolberg, Pafestall, Stolp, Wolgast; Jastrom — Delegierte zu wählen. Zahlstellen bis zu 100 Mitglieder haben einen Delegierten zu wählen und Zahlstellen mit über 100 Mitgliedern haben zwei Delegierte zu wählen. Sämtliche Delegierte haben sich mit einem Mandat zu versehen. Es ist somit Pflicht der Bevollmächtigten, auf dem schnellsten Wege Mitgliederversammlungen einzuberufen, um die Delegierten wählen zu lassen.
Sämtliche Delegierte haben sich mit dem einschlägigen Material (Zahl der beschäftigten Arbeiter, Löhne, Arbeitszeit, Heimarbeit usw.) zu versehen.
Das Versammlungslokal ist vom Bahnhof Alexanderplatz in circa 10 Minuten zu erreichen. Auf dem Bahnhof werden Kollegen mit roten Schleifen zum Empfang bereit stehen. Alle diesbezüglichen Mitteilungen sind an den Unterzeichneten zu richten.
Der Gauleiter:
Max Kiesel, Berlin N. 65, Logothstraße 78.

Württemberg.

Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 11 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart eine Konferenz der Tabakarbeiter Württembergs statt.
Tagesordnung: 1. Die Reorganisation im deutschen Tabakarbeiterverband. Referent: F. Wildemann-Stuttgart. 2. Die neue Tabaksteuer. Referent: G. Weimüller-Cannstatt.
Den in Frage kommenden Orten geht durch besondere Mitteilung näheres zu.
Für die Gauleitung: Wildemann.

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbeliste der Tabakarbeiter Deutschlands.
Geschäftslokal: Hamburg-Altenhof, Neugartstr. 5, 1.
Ausschuß: D. Sidow, Bronnenburg a. S., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Antelmstr. 10.
Eingegangen: Carlshafen 75 Mk., Grabow 75 Mk., Franzenberg 46 Mk., Milstein 50 Mk., Lingenfeld 75 Mk., Bergedorf 70 Mk., Babbenhausen 75 Mk., Breslau 400 Mk., Verden 500 Mk., Hebe- münden 79 Mk. — Sterbeliste: Lingenfeld 7.20 Mk., Franzenberg 16 Mk., Deuben 5.20 Mk., Bergedorf 12.50 Mk., Nauen 30.80 Mk., Goslar 27.30 Mk., Breslau 51.10 Mk., Hebe münden 21 Mk.
Zuschüsse: Hausberge 40 Mk. — Frankengeld: 24 Mk.
Hamburg, den 27. November 1905. S. Otto.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Martistr. 18, II.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.
Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederwelling, Bremen, Marktstraße 18, II.
Für den Auschuß bestimmte Zuschriften sind an Adolf Heising, Altona-Ottensen, Lagerstraße 18d (Haus I) part., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Als verloren gemeldet wurde das Mitgliedsbuch lautend auf Rath. Wein, Ser. I, 23518, ferner das auf Otto Wassermann aus Jessen, Ser. I, 10837, sowie das auf Ernst Pausch aus Laufsha i. Thür. lautende Buch, Ser. I, 2344.
Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Driesen: Ludwig Kapietay als 1. Bev.; Otto Stöhr als Kontrolleur.
Für Forst: Paul Kaulfers als 1. Bev., Adolf Lehmann als 2. Bev., Otto Vogel als 3. Bev.; Willi Weber, Max Märtsch als Kontrolleur.
Für Hannover i. Schl.: Ernestine Ulich als Kontrolleurin.
Für Hlar: G. Sauerland als 2. Bev., W. Balfert als 3. Bev.; G. Horn, G. Pentel, J. Viel als Kontrolleure.
Für Wiesloch (Baden): Georg Friedr. Reich als 1. Bev., Georg Feßler als 2. Bev., Johannes Hartmann als 3. Bev.

Provisorisch aufgenommen sind:

Otto Goreska aus Namskan, Emil Kuhrie aus Berlin, Peter Slowinski aus Strelnow, Wilhelm Göttinger aus Gräfenhainichen, Anna Gronert aus Hirschberg, Helene Adamecswski aus Alt-Kloster, Max Koch aus Weihensee, Ida Huhn aus Weichau (sämtlich z. R.), Marie Bider aus Berlin, Luise Waldmann aus Frankenberg, Georg Ermler aus Woldenberg, Leonora Wigborowski, Eugen Heister aus Berlin, Hedwig Pohl aus Lauban i. Schl., Emma Kohl aus Liebstadt, Franz Gmielewski aus Thorn, Elisabeth Brix, Alma Haffe aus Berlin, Anna Clemens aus Buttlitz i. Thür., Marie Bähr aus Danzig, Anna Hartmann aus Osterwid a. Harz, J. Friedländer aus Weihen, Martha Metbal aus Forst, Verta Jaschinski, Elise Schultzei aus Berlin, Bronislasa Lorenz aus Kampen (Posen), Lina Arndt, Emma Friedrich, Frida Stromann, Marie Sutzal, Helene Kappel, Clara Fischer, Otto Siengel, Arthur Luz, Marie Vogel, Georg Schweizer, Martha Buchmann, Helene Schirmer aus Berlin, Hedwig Silberbrandt aus Halle, Ida Leest aus Jettlich, Leo Jubelst aus Breslau, Julius Buchmüller aus Burg, Emma Moos aus Eising, Antonie Anles aus Thorn, Verta Scholz aus Herbau (Kreis Glogau), Dora Balandes aus Stalchen (Kr. Heidekrug), Helene Diefing aus Schönbach b. Danzig, Emma Wille aus Berlin, Gertrud Schaff aus Breslau, Martha Hase aus Lübben, Frida König aus Nummelsburg, Martha Chamilewski aus Thorn, Elsa Breda aus Gomburg, Hedwig Jech aus Berlin, Elise Seela aus Friedersdorf (Kr. Lebus), Martha Hartmann aus Berlin, Johannes Ficht aus Glogowin (Westpreußen), Erich Schirmer, Luise Krause, Marg. Notemann aus Berlin, Annette Falt aus Tempelburg, Max Bauer, Margarete Spet aus Berlin, Abeling aus Neuborf b. Stettin, Marie Wulzinski aus Posen, Eugenie Biegel aus Danzig (z. R.), Otto Mau, Sara Blumenberg, Gina Hänsel, Iherese Panke, Abrah. Blumberg aus Berlin (z. R.), Verta Griebel aus Pommischeth b. Reize, Anna Hase aus Lübben (z. R.), J. Pab, Frida Wiefend aus Berlin, Martha Müller aus Danzig, Marie Wagner aus Göttingen, M. Gerynska aus Gräg, Magdalena Oberländer (z. R.), Marie Holz, Franziska Wenzelowski aus Danzig, Martha Beutler aus Fürstenwalde, Marg. Frank aus Berlin, Emma Bschauer aus Freiburg, Karl Busch aus Abban, Salomon Eöner aus Berlin, Emma Buslaff, Minna Buslaff aus Eilfit, Emma Beutler aus Fürstenwalde, Cäcilie Date aus Hochbauhmwig (z. R.), Hermann Zudermann aus R.-Larpen (Kr. Grauberg), Hedwig Wiesenitz aus Danzig, Anna Giescher, Sally Welner aus

Berlin, Paul Levin aus Halle, Heilmann Kirck aus Königsbütte, Heinrich Bader, Frida Buller, Luise Berth, Mikard Mikalek aus Berlin, Eduard Davidsohn aus Barnsdorf, Martha Roseman, Anna Zhek aus Dahme, Pauline Nische geb. Strauß aus Berlin, David Kay aus Roaalen. (39)
Ernst Gieson aus Posen, Gottfried Lübeck aus Unterrieden, Karl Felmeden aus Unterrieden, Wilhelm Dräbing aus Gertenbach (sämtl. z. R.). (146)
Lina Purunkte geb. Böttcher aus Zwögen. (440)
Herm. Niemeier, Karl Niemeier aus Enger, Herm. Wente, Wifh. Fleer aus Oetinghausen, Wifh. Haubrod aus Harringhausen. (152)
Eduard Korte, Eduard Moschoge aus R. hme. (289)
Friedrich Bergmann aus Hafferode (Kr. Wernigerode) (z. R.). (302)
Heinr. Niemeier, Otto Schumann, Heinr. Kinast, Karl Strader, Emil Böwe, Wifh. Bessel, Hei-r. Kroos, Karl Maas, Heinr. Krein-ramp aus Lübecke, Carl Schrewe aus Hüssen, Julius Otto aus Osnabrück, Friedr. Wegmann, Heinr. Franzrabe aus Klasseim, Wifh. Hofermann, Karl Brunsdör, Heinr. Meyer aus Lübecke. (191)
Fritz Wipperseg aus Schöbman. (306)
Anna Blöte aus Sullingen. (3)
Friedrich Nisch aus Junzenhausen. (313)
Marie Bernauer, Juliana Straub, Wifh. Dellinger, Konrad Kraft, Heinr. Frei aus Nedenheim, Rosine Schanz, Otto Brauneher aus Hohenheim, Gottlieb Wexel aus Reidenstein. (430)
Wanda Hagemann, Martha Huie aus Danzig. (80)
Fritz Eder aus Jüterbog. (166)
Peter Horn aus Kaiserslautern, Heinrich Lindner aus Bessungen bei Darmstadt. (187)
Karl Daus aus Hllbesheim, Joh. Langenberg aus Goch (beide z. R.). (164)
Marie Laube geb. Radwiz aus Wignendorf (Kr. Sprottau). (303)
Karl Sella aus Nordhausen, Ernst Robinson aus Leipzig (beide z. R.), Karl Tiefemeier aus Holzhausen i. Weifh. (323)
Martha Käbe aus Fürstenwalde. (99)
Joseph Kroll aus Oepeln. (143)
Wilhelm Wastins aus Birnbaum, Andreas Kapiouy aus Zide (beide z. R.), Hedwig Kroll aus Birnbaum. (9)
Wifh. Flor aus Meische (z. R.), Jakob Pieperhoff aus Kaisers-werth, Anna Hauben aus Bracht, Fritz Poggel, Anna Pieperhoff, Karl Haubrin aus Werl. (805)
Fr. Götting, K. Schröder, A. Heuermann, S. Storf, G. Helling, G. Hof, P. Coring aus Enger. (91)
Otto Koch aus Bornhausen. (163)
Robert Bessel, Wilhelm Menthoff, August Biel, Hugo Fischer, Hermann Bessel, Karl Bessel, Wilhelm Kindermann, August Löffel-mann, August Köstel aus Werber. (471)
Maria Gemaninski aus Posen, Max Bieler aus Spandau. (312)
Valentin Regel aus Airlach, Wifh. Schmitt, Karl Kapp aus Untergombach. (389)
Hermann Hennig, Gustav Mater aus Wusterhausen. (407)
Max Kaufmann aus Wansen. (38)
Anna Stange aus Nordhausen. (253)
Martha Zimmermann aus Halle a. S. (162)
Adolf Stübig aus Boizenburg, Wifh. Budris aus Friedland (z. R.). (24)
Karl Bürger, Paul Gottschall aus Forst. (105)
Louis Wittkop aus Böhlig i. Pom. (z. R.). (410)
Johann Brinkmann aus Bremen (z. R.). (34)
Franz Bittel aus Wiesloch b. Heidelberg (z. R.). (66)
Franz Müller aus Giersleben i. Anh., Ferd. Böhme aus Stajf-furt, Marie Hufung aus Neundorf i. Anh. (222)
Gertrud Müller aus Kirchheim (N.-Laufig). (346)
Herm. Specht (z. R.), Flor. Wolff aus Herford, Fritz Schröder aus Holzhausen b. Pyrmont. (141)
Georg Gobert aus Langensalza, Marie Strohmeyer aus Nord-hausen. (156)
Ernst Klauke aus Milgou b. Greifswald, Willi Rose aus Seefen. (310)
Helene Haupt aus Linden, Auguste Steding aus Bartofelde, Wifh. Holtmann aus Waldhausen (Kr. Lippe), Emil Ulrich aus Lützen. (139)
August Schneeweis, Friedr. Wegel aus Michelsfeld (Baden). (480)
Minna Gölack aus Erfurt. (84)
Matthäus Wolniska aus Frauendorf. (33)
Friedr. Kugleb aus Nordhausen, Bernhardine Wäpling aus Duisburg. (83)
Georg Scholl, Friedr. Heust, Adam Tremper, Jakob Grünert aus Pjunghadt. (277)

Berichtigung. In Nr. 47 des Tabak-Arbeiter muß es unter „Provisorisch aufgenommen sind“ heißen: Max Meister (statt Heister) aus Lungenau. — In Nr. 48 muß es heißen: Luise Schinisch (statt Sachinisch). (101) — Ebenfalls in Nr. 48 muß es heißen: Wilhelm Genschel aus Gerbig. (35)
Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.
Bremen. Der Vorstand.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Bruhau** (Elbe): Durch Friedrich Matthies. Den fremden Kollegen zur Nachricht, daß die Beiträge ebenfalls an Fr. Matthies zu senden sind.

Adressenänderung:

Für **Goslar a. S.**: Alle Zuschriften sende man an Willi Groh, Osterstr. 4.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
In **Frankenberg**: Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Stadtpark. Tagesordnung: 1. Jahresbericht; Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 2. Wahl der Kartelldelegierten. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
J. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Leipzig**: Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr, öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung im Restaurant Stadt Hannover, Seeburgstr. 25/27. Tagesordnung: 1. Die geplante Tabaksteuer seitens der Regierung und die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter. 2. Dis-kussion. — Wegen der Wichtigkeit ist das Erscheinen aller Tabakarbeiter notwendig.
J. A.: Der Vertrauensmann.
In **Peterwaldau**: Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr, öffentliche Protivversammlung gegen die geplante Tabaksteuer-Erhöhung im Bruchmannschen Lokal. Referent: Reichstagsabgeordneter Aug. Kühn, Langenbielau. Freie Diskussion für jedermann. — Das Erscheinen sämtlicher Tabakarbeiter und Arbeiterinnen am Orte ist unbedingt nötig; zeigt, daß für einer Erhöhung der Tabaksteuer nicht gleichgültig entgegenseht. Erscheint alle in der Versammlung.
Der Einberufer.
In **Waldheim**: Montag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schweißertal. Tagesordnung: 1. Die drohende Tabaksteuer. Referent: Kollege Karl Vognerell-Dresden. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Kommission. — Einen sehr zahlreichen Besuch erwartet.
Der Einberufer.
In **Wiesloch**: Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11. Tagesordnung: 1. Wahl von zwei Delegierten zu der am 10. Dezember in Berlin stattfindenden Konferenz des 15. Gaues. 2. Diskussion über den in vorletzter Mitgliederverlammlung gegebenen Bericht von der 13. Generalversammlung in Leipzig. 3. Verschiedenes.
J. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Jessen**: Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Adolf Trauwers (Bremdenverlehr). Tagesordnung wird dort be-kannt gegeben.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

Crimma.

Die Zentralherberge befindet sich Restaurant zum Eichbaum, Frauenstraße. Die durchreisenden Kollegen wolle dies beachten.
J. A.: Der Vertrauensmann.

Hamburger Rohtabak-Haus Michelsen & Löbl

Hamburg 16, Susannenstrasse 14
empfehlen sich jungen Anfängern sowie bestehenden Zigarrenfabriken,
die sich zu vergrößern beabsichtigen, zur Beschaffung von
sämtlichen Sorten Rohtabaken
in Originalballen sowie auch en detail.

Als momentane Spezialität unseres Lagers empfehlen wir
einen großen Posten
amerik. Losgut, à 85 Pfg. verzollt
bestehend aus Domingo, Seedleaf, Cuba, Brasil,
Carmen, Java, alles blattige, fertige Qualitäts-Tabake.
Preisliste mit äußerster Notierungen, stets Neuheit
enthaltend, bitte zu verlangen.
Ziel nach Uebereinkunft.
Typen über gewünschte Sorten auf Veranlassung gratis und franko!

Franz Metzler, Bremen Roh-Tabak-Engros-Haus. Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.

Sämtliche Tabake haben unter Garantie tabelloser Brand und gute Qualität.

Losgut (Prima Sortierung)	72 Pfg.
Sumatra, Decker, helle Farben, tabell. Brand, große Deckkraft, von 160 Pfg. an	100 " "
Sumatra, Umblatt	100 " "
Vorstenlanden, hellbraun, Deckkraft 2 Pfund	170 " "
Java, Bezockt	80 " "
Brasil, Einlage	85 " "
Brasil, Umblatt und Einlage	95 " "
Carmen	75 " "
Seedleaf, Umblatt und Einlage, leicht	75 " "
Domingo	75 " "
Cuba, hochfein	130 " "

Preise per Pfund verzollt.
Versand nur unter Nachnahme, auch in Postkoll. Ausführliche Preisliste erhalten Sie auf Wunsch gratis und franko.

Roh-Tabak-Versand. Ausnahme-Offerte.

St. Felix-Brasil, Aufarbeiter, meist Decke, 110 Pfg. per Pfund, bei 10 Pfund 105 Pfg.
H. Sumatra-Decke, 2. Länge Vollblatt, 2 Pfund Deckkraft, mittel bis hellbraun, 180 Pfg. per Pfund. — 2. Länge Stückblatt, 2 1/2 Pfund Deckkraft, 135 Pfg. per Pfund.
H. Java-Einlage 80 Pfg. per Pfund.
Alle anderen Sorten preiswert.
Fordern Sie Preisliste.

H. C. A. Jensen
Hamburg, Katharinenstrasse 43.
Filiale: Ottensen, Kleine Rainstrasse 8.

En gros Roh-Tabak En detail F. W. Helmecke, Magdeburg.

Sehrst vorteilhaft: Sumatra, 2. Länge, hell und dunkel, 1.80 Mk., Java-Bezockt, Umblatt und Einlage, 1 Mk., Felix, Einlage, geschnitten, 1.05 Mk., Märker, sehr blattig, 60 und 65 Pfg. Alles verzollt oder verk. ab hier. In anderen Zigarrentabaken große Auswahl. Preisliste gratis u. franko.

Borrmann & Linneweber Bremen-Freibezirk.

Von großen Einkäufen empfehlen wir folgende außerordentlich billige und durchaus gesunde Tabake:

Sumatra-Decker in allen Längen und Farben 150—300 Pfg., durchweg tabellos in Blatt und von hochfeinem Brand. **Sumatra-Umblatt** 115—125 Pfg. **Vorstenland-Java-Decker**, edle Marken, von schönem Brand und Geschmack, 200—230 Pfg. **Java-Umblatt und Einlage** 85—130 Pfg. **St. Felix-Brasil**, gutliefernd und weiß brennend, 120—200 Pfg. **St. Felix-Brasil-Einlagen** von 80—120 Pfg. **Domingo-Umblatt**, groß und feinschnittig, gesund, 90, 100 und 110 Pfg. **Carmen-Umblatt**, trocken und leicht, 85—110 Pfg. **Carmen-Einlage** 75—85 Pfg. **Seedleaf-Umblatt** 90—115 Pfg. **Havanna-Aufarbeiter**, sehr viel Deckblatt enthaltend, blütenweiß brennend, von herrlichem Geschmack, 225—300 Pfg. **Losblatt**, gesunde, tabellose Tabake, garantiert rein überfein, 80 Pfg. **Losblatt-, Umblatt- und Einlage-Mischung**, von nur feinen Original-Tabaken, 85 Pfg.

Als ganz besonders preiswert empfehlen wir unsern edlen **Deli Ba My Sumatra-Decker**

2. Länge, Vollblatt, von hochfeinem Geschmack und herrlichem, blütenweißem Brand. Farben hell bis leicht mittelbraun. Dieser edle Tabak ist ein außerordentlich billiges Angebot, da derselbe einen durchaus sicheren und ausfallenden, blütenweißen Brand hat. **Preis 180 Pfg.**

Gefällige Aufträge werden prompt erledigt. Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

Unsonst u. franko sendet **Pracht-Katalog** herv. Neuheiten in Stahl, Led. r. etc., ca. 5000 Gegenst. enth. sehr interessant. Jeden Bitte zu verlang. D. R. G. M. 5 Jahr Garantie. Fritz Hammesfahr, Fabrik u. Versandhaus, Focae Solingen. Versand pr. Nachnahme od. vorh. Kassa.

Haarschneidemaschine „Perfect“ M. 5.00
Öl-Abziehtaste in Etui M. 2.50 und 5.00

Kronen-Diamantstahl M. 3.25
Kronen-Silberstahl M. 2.25
Streichriemen M. 1.00
Rasierer in Pinsel M. 0.50
Rasierer ohne Pinsel M. 0.25
Köpl. Rasiergarnitur mit stiller in feinem Etui M. 8.00

Beste Rasiermesser der Welt

Bei größeren Samml.-Aufträgen Extraveranstaltungen. Nachdruck verboten.

Sumatra J. H. Koopmann, Bremen.

hell, tabelloser Brand, größte Deckkraft, per Pfd. nur 3 Mk.; prima Losblatt per Pfd. 85 Pfg.; hochfeinen St. Felix-Brasil nur 95 Pfg. per Pfd. empfiehlt

Carl Roland, Berlin SO.
Kottbuser Strasse 3a.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 185.
Gegründet 1879.

Selten vorteilhaft!

Sumatra-Umblatt

kleines rundes Vollblatt, tabellos in Brand u. Geschmack, mit Spitze zu verarbeiten
1.15, 1.25, 1.30, 1.40 Mk. verzollt.
Uekermärker 55, 60, 65, 70, 75 Pfg

! Direkter Einkauf!
! Eigene Bearbeitung!

Sämtliche Fabrik-Utensilien.
Ill. Kataloge gratis u. franko.

Achtung!

Sumatra

- 3. Länge, sehr leicht per Pfd. Mk. 1.—
da. gutes Vollblatt, mittelkräftig " " 1.10
2. Länge, sehr gut brenn. " " 1.20
da. gute helle Farb. " " 1.50
- 2. Länge, Vollblatt, leicht, braun " " 2.—
2. Länge, einw. Stückbl. " " 2.60
da. sehr fein in Qualität " " 2.60
- 3. Länge, Vollbl., hochfeiner Brand " " 2.80
- 3. Länge, guter Brand " " 3.—
- 1. u. 2. Länge, feine Farben " " 4.—
- 1. Länge, Qualität-Tabak Mk. 5 u. 6.

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen.
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke 135, 150, 160, 200, 210, 225, 250, 275, 300, 350, 500, 550 Pfg.
Sumatra-Umblatt 115, 125, 130, 150, 150 Pfg.
Vorstenland-Decke 125, 150, 175, 225 Pfg.
Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 Pfg.
Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 Pfg.
Carmen, Domingo, Seedleaf 85, 95, 110 Pfg.
Cuba 100, 300. — Havanna 110, 125, 200, 300 Pfg.
Mexiko-Decke (San Andrés) 150, 400 Pfg.
Pa. Losgut 80 Pfg., Paraguay 85, 150 Pfg.
Inländische Tabake 70, 75, 80 Pfg.
Preise außergewöhnlich m. 3% Caffe-Scconto.
Kredit nach Uebereinkunft.

Wickelformen, neu, ihr. Fassons, nur 140 Pfg.
Utensilien, Rollbretter, Messer, Laak
Tragant, Band, Etiketten, Papier.
S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Roh-Tabak

en gros — en detail
Schütze & Kühne
Leipzig
Nürnberg Strasse 22.

Glas-Christbaumzweige

aus erster Hand verfertigt und verpackt in Kisten Sort. I. 325 St. bessere versilberte Panorama- u. Eiskugeln, mit Silberdrabi, Genille u. Seidenquasten verzierte Neuheiten, hochfeine Leuchtulpen, gr. überponnene Baumspitze mit Silberbehr, verschied. Früchte, Schneeballen, Glocken, Vögel, Trompeten etc. zum Preise von Mk. 5.— gegen Einlieferung (Nachnahme Mk. 5.30). — Sort. II. 110 Stück größere Sachen zum selben Preise Mk. 5.— (Nachnahme Mk. 5.30). Diesen beiden Sortimenten füge ich gratis eine schon im Vorjahre mit großem Beifall aufgenommene ruichtvase mit Blumenbouquet und einen wegliehen Engel. 2 Pakete Lametta und 2 Pakete Konfekthalter bei — Auf Wunsch kleineres Sortiment. 150 Stück zu k. 3.50 (Nachnahme Mk. 8.70). Hierbei gratis Fruchtvasen mit Blumenbouquet. — Für Händler Sort. zu Mk. 8.— u. höher.

zum Preise von Mk. 5.— gegen Einlieferung (Nachnahme Mk. 5.30). — Sort. II. 110 Stück größere Sachen zum selben Preise Mk. 5.— (Nachnahme Mk. 5.30). Diesen beiden Sortimenten füge ich gratis eine schon im Vorjahre mit großem Beifall aufgenommene ruichtvase mit Blumenbouquet und einen wegliehen Engel. 2 Pakete Lametta und 2 Pakete Konfekthalter bei — Auf Wunsch kleineres Sortiment. 150 Stück zu k. 3.50 (Nachnahme Mk. 8.70). Hierbei gratis Fruchtvasen mit Blumenbouquet. — Für Händler Sort. zu Mk. 8.— u. höher.

Max Heumann, Lauscha (S.-Mein.) 79.

Von neuen Einkäufen empfehle als ganz besonders billig und vorteilhaft:
Vorstenland-Decker, 2. Länge Vollblatt, hell, zart, leicht, enorme Deckkraft, schneeweiß Brand, 220 Pfg.; **braune Farben** 160 Pfg. — **Borneo-Decker**, 2. Länge Vollblatt, von hellbrauner Farbe, ausprobierete Deckkraft 1 1/2 Pfund pro Mille, 200 Pfg.; **dunkle Farben** 120 Pfg. — **Sumatra-Decker** in allen Farben und Längen, schneeweiß und flott brennend, 120, 150, 160, 180, 200, 220, 250 geigert, 300 bis 450 Pfg. — **Sumatra-Umblatt**, sehr leicht und aufgeft, brennt als Decker weich, 120 Pfg. — **Java-Umblatt** 85, 90, 100, 105 Pfg. — **St. Felix-Brasil-Decker**, braune Farben, sehr eratebig und schneeweiß brennend, 160, 180, 120 Pfg.; **Decker und Umblatt** 110 Pfg.; **reines Umblatt** 105, 100 Pfg.; **Umblatt und Einlage** 90, 85 Pfg.; **Einlage** 80, 75 Pfg. — **Seedleaf-Umblatt** 100, 90, 80, 75 Pfg. — **Jara-Cuba**, Decker und Umblatt, feinste Qualität 160 Pfg.; **Einlage** 120 Pfg. — **Domingo-Umblatt** 100, 90, 85, 80 Pfg. — **Carmen-Umblatt**, zart und breitblättig, 100, 90 Pfg. — **Havanna**, große Original-Malotten, 85, 130, 150, 200, 250, 300, 450 Pfg. — **Mexiko** 130, 150, 300, 350, 400 Pfg. — **Losgut**, meist Umblatt, als: **Brasil**, **Java**, **Domingo**, **Seedleaf**, **Carmen**, **Havanna** 75 Pfg., **Paraguay** 75 Pfg.

Neue schmiedeeiserne Formenpressen
inkl. Holzfuß und Drehbrett, mit unzerstörbarem Flachgewinde und Mutterverbindung 6.50 Mk., mit Spitzgewinde 5 Mk.

Gebrauchte Wickelformen

sehr gut erhalten, als: schräge, halbkrüme und gerade Fassons, 30 bis 100 Pfg. Schiffen-Abbrüche hiervon versende sofort gratis und franko.
Gummi-Tragant, allerfeinste, helle Ware pro Pfund 300 Pfg.
Zigarrenband, gelbe Halbseide pro 50 Meter-Rolle 150 Pfg.
Tabakpreise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Albert Steen, Bremen.

Roh-Tabak zur Zigarren-Fabrikation.

Schneeweiß und flott brennende **Sumatra-Decken** in großer Auswahl. Brasil, Java, Havanna, Mexiko, Vorstenlanden und Domingo in hochfeiner, tabelloser Beschaffenheit zu bekannt billigen Preisen.
Losgut 1a sehr blattig, hochfeine Mischung, mit viel Feltz u. Havanna 80 Pfg.
Losgut 2a blattig und fein, schöne Mischung mit Havanna . . . 75 Pfg.
Versand gegen Nachnahme.

Eine ganze Rasier-Garnitur nur Mk. 2.50.

Dieselbe enthält 1a hobles Rasiermesser, Stretchriemen, Napf, Pinsel, Seife, alles zusammen in Etuis. Dieselbe Garnitur mit pol. Holzkasten, verstellbarem Spiegel nur 3 Mk. — Porto 50 Pfg. — Tausende Anerkennungen.
30 Tage zur Probe!
5 Jahre Garantie!
Berlende



Rasiermesser:

Nr. 27 fein hobl, à Mk. 1.50
" 29 fehr hobl, à " 2.—
" 33 extra hobl. ff. " 2.50
Sicherheitsmesser (Berleß. unmögl.) Mk. 2.50.

Hauptkatalog

von 1905 über sämtliche Waren gratis und franko an jeden.

Emil Jansen, Wald bei Solingen Nr. 43
Stahlwarenfabrikation und Versandhaus.



Schönste Zierde des Weihnachtsbaumes!

Christbaum-Spitze mit Glockengeläute.

Durch Anzünden der Weihnachtskerzen wird das harmonisch abgestimmte Glockenspiel erweckt und bringt zur grossen Freude von Jung und Alt ein wunderbar schönes Geläute hervor, welches die Feststimmung so recht wehevoll macht.

Unser Glockenspiel ist hochelegant, aus spiegelblank poliertem Nickelblech, unbegrenzt haltbar, garantiert sicher funktionierend, mit 3 fein versilberten Kettchen und 3 Eiszapfen aus Glas verziert und das Ganze durch ein Lametta-bäumchen bekrönt.

Bestellen Sie per Postanweisung, weil diese Art am billigsten (bis zu 10 Pf.) und sichersten ist. Preis bei Vorauszahlung 1 St. Mk. 1.40, 6 St. Mk. 7.20, 12 St. Mk. 13 franko, Nachnahme teurer.

Garantie: Was nicht gefällt, nehmen in 8 Tagen zurück und senden Gold franko retour.

Viele gewöhnlich und roh gearbeitete Glockenspiele sind auf dem Markt, welche einen hübsch geputzten Weihnachtsbaum nur verunzieren, darum Vorsicht beim Einkauf. Unser Glockenspiel ist das schönste und beste; wer selbige gesehen, ist Käufer. Reichhaltiger Katalog gratis.

Grosse Auswahl billiger und prachtvoller Weihnachts-Artikel. Glas-Christbaumzweige besonders vorteilhaft. (Wiederverkäufer gesucht.)

Wer zweifelt und kein Zutrauen hat, erhält von uns Vertrauen. Schreiben Sie uns und verpflichten Sie sich, in 8 Tagen nach Erhalt, entweder Mk. 1.40 oder das Glockengeläute franko zurück zu senden, so erhalten Sie ein Glockengeläute ohne Nachnahme zur Ansicht und werden Sie dann entzückt und hochbefriedigt sein, denn unser Glockengeläute ist das schönste aller Existierenden.

Nicolaus Beck

Dampfsägewerk u. Zigarrenkistenfabrik
Burg bei Bremen.

Lieferung von Zigarrenkistenbrettern aus Zedern- und Eichenholz und Anfertigung fertig ausgestatt. Zigarrenkisten. Auf Wunsch sende ich sofort Muster von Zigarrenkisten-Ausstattungen mit Angabe der Preise für fertige Kisten.

Schöne alte Kinderreime
Preis 15 Pfg., Volksbuchhandlung, Leipzig.

Ewalds Märchen.

Gebunden 1.50 Mk.
Volksbuchh., Leipzig

Billige böhmische **Bettfedern!**
10 Pfd.: neue geschlossene Mk. 8.—, bessere Mk. 10.—, weisse dauneweiche geschlossene Mk. 15.—, Mk. 20.—, schneeweisse dauneweiche geschlossene Mk. 25.—, Mk. 30.—. Versand franko, zollfrei, per Nachnahme. Umtausch u. Rücknahme geg. Portovergütung gestattet.
Benedickt Sachsel, Lobes 965
Post Pilsen, Böhmen.

Gewerkschaftliches.

An die Tabakarbeiter Deutschlands.

In Minkaby bei Christianstadt in Schweden sind von der Südschwedischen Zigarrenfabrik (Aktiengesellschaft) sämtliche Arbeiter ausgeschlossen wegen Zugehörigkeit zur Organisation. Der Kampf gilt also dem Koalitionsrecht. Wie verlautet, beabsichtigt der Meister obiger Firma Arbeiter aus Westfalen zum Streikbruch heranzuziehen. Vor Zugang wird daher dringend gewarnt.

Um Abdruck vorstehender Zeilen wird die gesamte Arbeiterpresse gebeten.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Kreitsda. Hier sind Differenzen ausgebrochen und wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Schönlanke. Die hiesigen Zigarrenfabrikanten lehnten trotz abermaligen Erhörens seitens der Arbeiter, die bescheidenen Lohnforderungen ab, worauf die gesamten in den hiesigen Zigarrenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit einstellten. Der Zugang nach Schönlanke ist fernzuhalten.

Ein Schurkenstreich. Wir lesen im Stettiner Volksboten: Zu welchen anrüchigen Mitteln gewisse Unternehmer greifen, um ihre Profitinteressen zu fördern, lehrt recht anschaulich folgender Vorfall. Die Frau unjeres Genossen Arbeitersekretärs Passchl in Wolgast erhielt einen eingeschriebenen Brief aus Stettin. Beim Öffnen desselben fiel Frau Passchl zunächst zwei Hundertmarkscheine in die Augen. Zweck und Bedeutung dieser Geldsendung ergab sich aus dem beiliegenden Schreiben, in dem die entscheidende Stelle wie folgt lautet:

Stettin, den 20. November.

Werte Frau Passchl, Wolgast.

Ich möchte mich einmal mit Ihnen unterhalten, und zwar im Interesse einer der dortigen Fabriken. Dieselbe wird von Ihrem Manne immer angegriffen; ich möchte nun mit Ihnen ein Abkommen treffen. Ihr Mann kann die Sache so machen, daß er trotzdem seine Pflicht nicht verletzt. Sie würden vierteljährlich einen noch zu verabredenden Betrag erhalten, und damit Sie sehen, daß ich es ehrlich meine, füge ich 200 Mk. bei.

In dem Schreiben wird Frau Passchl weiterhin aufgefordert, am 28. November im Hotel Kronprinz in Pasewalk abzustiegen und nach einem Herrn May zu fragen. Frau Passchl könne Ihren Mann auch mitbringen, aber besser sei es, wenn sie allein erscheine. Die Antwort bittet der Briefschreiber ihm unter F. May hauptpostlagernd zukommen zu lassen.

Der Zweck dieser Geldsendung ist klar: ein ehrlicher Mann soll zum Schuft gemacht werden. Durch einige Hundertmarkscheine hofft der „edle“ Briefschreiber den Vertrauensmann der Arbeiterschaft zu Judasdiensten verleiten zu können. Man kann sich auch ziemlich leicht vorstellen, welcher Art die Dienste sein sollen, die der Briefschreiber erwartete. Aller Wahrscheinlichkeit nach sollte Genosse Passchl seinen Einfluß als Arbeitersekretär oder als Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes dazu mißbrauchen, die Arbeiter einer gewissen Fabrik von der Geltendmachung höherer Lohnansprüche abzuhalten. Der kapitalistische Fuchs, der so freigebig mit Hundertmarkscheinen herumwirft, hatte sich den schlaunen Handel wahrlich wohl zu dem Resultat gekommen, daß die Preisgabe einiger Hundertmarkscheine zur Bestechung des Arbeiterführers seinen Geldbeutel viel weniger berührte, als die Gewährung einer Lohnerhöhung für seine Arbeiter. Leider war die schlaune Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wie so viele andere, so prallte auch dieses schamlose Manöver an der Ehrenhaftigkeit dessen ab, den man durch das schimmernde Gold zu verführen trachtete. Jedenfalls zeigt der Vorfall wieder recht drastisch, bis zu welchem Tiefstand die kapitalistische Moral sinken kann.

Wie Genosse Passchl uns mitteilt, wird er die zweihundert Mark, sofern der Eigentümer sich nicht binnen drei Tagen bei ihm meldet, der Lokalkasse des Metallarbeiterverbandes überweisen.

Bericht der Konferenz des 6. Gaues (Provinz Rheinland und Fürstentum Birkenfeld).

Die Sitzung wird um 2 1/2 Uhr wieder eröffnet. Zum 2. Punkt der Tagesordnung referierte Kollege **C h e r l e** ausführlich. Schon wieder drohe der Tabakindustrie Gefahr von Seiten der Regierung. Zwar nicht in einer Fabriksteuer, wie 1893, sondern es soll der Zoll auf eine ungeheure Höhe gebracht werden. Wenn auch die Regierung behauptet, an eine Monopolisierung denke sie nicht, so könne man diesem Glauben beimessen. Redner skizziert die bisherigen Steuervorlagen, sowie die Wirkung auf die Tabakarbeiter. Fest steht, daß hauptsächlich die Arbeiter diejenigen sind, welche durch diese Maßnahmen zu leiden haben. Im Jahre 1879, als der Zoll auf ausländischen Tabak von 24 auf 85 Mark und die Zinssteuer von 2 auf 45 Mark pro Doppelzentner erhöht wurde, trat eine ungeheure Arbeitslosigkeit ein. An 20 000 Tabakarbeiter wurden brotlos. Hat und Glend brach über die Tabakarbeiter herein durch diese Politik der Regierung. Im Jahre 1882 waren immer noch 9000 weniger in der Tabakindustrie beschäftigt als 1879. Auch die neue Vorlage ist geeignet, die Arbeiterschaft ungemein zu schädigen, deshalb ist es notwendig, beizeiten zu rufen gegen die Steuergelüste der Regierung. Alle Tabakarbeiter müssen in den einzelnen Orten öffentliche Versammlungen abhalten und der Allgemeinheit zeigen, wie die Lage der Tabakarbeiter bestellt ist. Wenn notwendig, müssen auch große Volksversammlungen arrangiert werden, zu denen die Vertreter der einzelnen Wahlkreise eingeladen werden müssen. In erstgenannten Versammlungen sollen Kommissionen gebildet werden, um die Agitation zu betreiben. Der Obmann habe sofort seine Adresse an den Vorsitzenden der Kommission in Berlin zu richten, gemäß des Aufrufs. Soll der uns aufgezogene Kampf mit Erfolg enden, so muß er einheitlich geführt werden. Zur Führung des Kampfes müssen Opfer gebracht werden, deshalb müssen wir uns heute darüber schlüssig werden, wie Gelder aufgebracht werden können.

Mein: Wundern muß man sich, daß die Regierung an einer Erhöhung des Zolles und der Steuer so hartnäckig festhält. Eine Petition von über 1 Million Unterschriften im Jahre 1895 konnte die Regierung nicht abhalten, den Tabak weiter zu beunruhigen. Auch die der Regierung bekannte wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter müßte dazu angetan sein, den Tabak in Ruhe zu lassen. Nach den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften im Jahre 1902 betrug der durchschnittliche Verdienst der Versicherten jährlich 804 Mark, der Durchschnittsverdienst eines Tabakarbeiters aber nur 519 Mark.

Daß der Kampf von allen Tabakarbeitern gemeinsam geführt werden muß, wird allen einleuchten, weil gemeinsame Interessen auf dem Spiele stehen. Grund dessen habe ich gelegentlich meiner Berichterstattung von der Leipziger Generalversammlung in den einzelnen Orten versucht, die christlich organisierten dafür zu gewinnen. Überall wurde der Vorschlag angenommen, sogar einzelne gemeinsame Vorstandssitzungen haben stattgefunden, um über die weitere Tätigkeit zu beraten. Kläglich kam vom Zentralvorstand des christlichen Verbandes die Bekanntmachung: Unter keinen Umständen mit uns gemeinsame Sache zu machen. Nach den Gründen gefragt, wurde gesagt: Sie seien nicht von der Berliner Kommission aufgefordert worden, hätten auch keine Aufträge erhalten, wie die kirchlich-Duisburger Vereine, ferner hätten wir der christlichen Ortsgruppe in Emmerich davon nichts wissen lassen, wir kämen nur, wenn wir sie nötig hätten. Das ist unwahr. Es müsse Gelegenheit genommen werden, die Doppeltätigkeit dieser Herren in der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Aufgabe für uns müsse es ferner sein, die Mitglieder dieser Organisation aufzuklären über die Handlungsweise ihres Vorstandes. Das könne am besten geschehen durch ein Flugblatt. Bezüglich der Tabaksteuervorlage glaube ich, daß wir in mehreren Orten Lokale bekommen, denn es kommen am Niederrhein Orte vor, wo der Haupterwerbzweig die Tabakindustrie ist.

Podart-Köln: Daß die Situation für uns ernst ist, geht aus den Ausführungen der Zentrumsabgeordneten Dr. Spahn, Bachem und Sittart zur Genüge hervor. Die stärkste Partei sei die Zentrumsparthei im Reichstage; wenn deren Führer heute schon für eine höhere Besteuerung eintreten, so ist das Schlimmste zu befürchten. Deshalb finde ich es begreiflich, daß die Zentrums-gewerkschaft der Tabakarbeiter diese Stellung einnimmt.

Aus der weiteren Diskussion, an der sich fast alle Vertreter beteiligten, geht hervor, daß die Mitglieder des christlichen Verbandes mit dem Beschluß des Hauptvorstandes nicht einverstanden sind. Mehrere langjährige Mitglieder sind bei uns eingetreten. Weiter wird der Wunsch ausgesprochen, die Situation durch ein Flugblatt, welches besonders die Haltung der Herren christlichen Führer in dieser Beziehung kennzeichnet, auszunutzen. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen:

„Die heutige Konferenz der Zahlstellen des 6. Gaues hält eine einheitliche Protestbewegung gegen die geplante Tabaksteuererhöhung für unbedingt notwendig; die amnestierten Delegierten möge Sorge tragen, daß alle Tabakarbeiter an den einzelnen Orten, unbekümmert darum, welcher religiösen oder politischen Richtung sie angehören, für die Bewegung zu gewinnen. Die Agitation ist am besten durch Flugblätter, sowie durch öffentliche Versammlungen zu betreiben. Unverzüglich sind zur Deckung der Unkosten Sammlungen durch Listen vorzunehmen.“

Nachdem noch verschiedene Winke gegeben worden zur Agitation, wurde vom Kölner Vertreter gewünscht, daß der Vorstand nächstens bei der Wahl eines Gauleiters demokratischer verfährt, als wie geschieht. Nicht eine Zahlstelle soll das Recht haben, sondern der ganze Gau. Am besten könnte die Sache erledigt werden auf einer Konferenz.

C h e r l e gibt die Gründe bekannt, warum der Vorstand so schnell handeln mußte; im übrigen könnte ja die heutige Konferenz darüber befinden, ob sie mit der von der Kölner Zahlstelle vorgeschlagenen Person einverstanden ist.

Der Vorsitzende fragt an, ob weitere Vorschläge gewünscht werden für den Gauleiter. Das geschieht nicht, mithin ist der Kölner Vorschlag angenommen.

Beim 3. Punkt der Tagesordnung wurde allgemein gewünscht, zur Erleichterung der Agitation möchten die Statuten sowie die Ausführungsbestimmungen (zum Teil) in lateinischer Schrift gedruckt werden, weil im Rheinland viele Ausländer seien, welche die deutsche Schrift nicht lesen können. Ebenso müßten mit den ausländischen Arbeiterorganisationen feste Abmachungen getroffen werden bezüglich der Zu- und Abreise.

Auf Kosten des Verbandes soll jede Zahlstelle des 6. Gaues berechtigt sein, ein Exemplar des Düsseldorfser Korrespondenzblattes zu abonnieren.

B r o d m a n n ersucht die Delegierten, überall dahin zu wirken, in Konsumvereinen, Gewerkschaftshäusern, bei Personen, welche mit Tabakfabrikanten handeln, daß nur Fabrikate von solchen Firmen in den Handel kommen, welche den örtlichen Minimallohn zahlen, keine Haus- noch Zuchtshausarbeit führen und die Organisation anerkennen. In dieser Beziehung könne viel geschehen, wenn jeder seine Schuldigkeit tue.

Mein ersucht die Delegierten, auf alle Anfragen, welche von Seiten des Gauleiters gestellt werden, schnell und gewissenhaft zu antworten. Eine prompte Erledigung der Geschäfte sei unbedingt geboten.

C h e r l e ersucht in seinem Schlusswort, die Delegierten möchten, eingedenk der Beschlüsse, in ihrer Heimat sich betätigen und die gemachten Anregungen beherzigen. Die Konferenz habe wichtige Momente zutage gefördert für die Agitation. Er erkenne die Schwierigkeiten vollkommen an. Jetzt müsse mit Feuer-eifer unsere Sache verteidigt werden, dann würde unsere Organisation den Sieg davontragen. Die gemachten Anregungen für den Vorstand nehme er mit. Wenn jeder seine Schuldigkeit tue, sei er fest überzeugt, kommen wir vorwärts, trotz Beitragserhöhung.

Der Vorsitzende schließt mit einer Aufmunterung an die Delegierten die Konferenz um 6 1/2 Uhr.

Berichte.

Bremen. In einer öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung besprach unser Verbandssekretär **C h e r l e** die neue Tabaksteuer-vorlage und erntete reichen Beifall. Darauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 21. November im Colosseum tagende öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen-versammlung erblickt in dem Vorgehen der Reichsregierung — dadurch, daß der Tabakzoll eminent erhöht werden soll — eine schwere Schädigung der gesamten Tabakindustrie. Sie protestiert ganz entschieden gegen eine solche Steuerpolitik und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die geplante Tabaksteuer zu Grabe getragen wird.“

Dresden. Hier fand am 25. November eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, in der Kollege **C h e r l e** Leipzig über die neue Tabaksteuervorlage sprach, dessen Ausführungen durch lebhaften Beifall ausgezeichnet wurden. Die Versammlung war von ca. 2000 Personen, meistens Zigarrenarbeitern, besucht, auch eine Anzahl Internenquervertreter der Zigarrenindustrie, der Zigarettenfabrikation und des Tabakhandels waren anwesend. Eine scharfe Protestresolution gegen das neue Tabaksteuerprojekt fand einstimmige Annahme.

Kreitsda. Sonnabend, den 17. November 1905, tagte im Lungwitzer Gasthof eine öffentliche Versammlung. Die Tagesordnung lautete: Die Kündigung der Arbeiter der Zigarrenfabrik von Herrn R. Martin. Kollege Clement aus Dresden hatte das einleitende Referat übernommen. Der Redner führte aus: Man hätte es nicht geglaubt, daß Herr Martin, der durch seine selbst hinausgehörte Arbeiterfreundlichkeit von sich reden gemacht, dessen Abnehmer meistens nur Konsumvereine und Arbeitergenossenschaften seien, so rigoros mit seinen Arbeitern umgehen könne. Gäbe doch selbst Herr Martin bei der Unterhandlung erklärt, daß er auf keinen Fall eine andre Behandlung der Arbeiter einführe und auch seine Schimpfereien weiter betreiben werde. In gesundheitlicher Beziehung scheinen in der Fabrik des Herrn Martin keine bundesrätlichen Bestimmungen zu existieren, ja nicht einmal Spucknapfe hält Herr M. für nötig aufzustellen, auch scheint der Ofen nicht immer in der besten Ordnung zu sein. Kommen die Arbeiter zur festgesetzten Zeit, ist es meistens noch zu kalt zum Arbeiten, oft ist auch der Arbeitspaß ganz verbraucht, so daß während der Arbeitszeit familiäre Genüsse aufgemacht werden müssen. Daß unter solchen Umständen an ein regelmäßiges Arbeiten nicht gedacht werden kann und die Gesundheit der Arbeiter bedroht ist, wird jeder erkennen. Schließlich ermahnte noch der Redner zum festen Zusammenschluß. Folgende Resolution wurde eingebracht: „Die heutige Versammlung verurteilt aufs schärfste das Verhalten des Herrn Martin, der es ablehnt, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, um die Differenzen beizulegen. Die Versammlung beauftragt aber den Arbeiterausschuß mit der Verbandsleitung, nochmals mit Herrn Martin in Verbindung zu treten, um die schwebenden Differenzen auf friedlichem Wege beizulegen. Sollte wider Erwarten Herr Martin jedwede Zugeständnisse ablehnen, so versprechen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, den Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Unter Gewerkschaftliches besprach Kollege Clement die drohende Tabak-Zollerhöhung und bittet gleichfalls, für Kreitsda eine Kommission zu wählen, damit auch von den hiesigen Tabakarbeitern der Protest energisch eingeleitet werde. Gewählt wurden hierzu die Kollegen Wirthgen, Ernst, Ranbach, Kaste und Gehmann. Mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Ladenburg. Am 5. November fand im Lokal zum Würzburger Hof eine Mitgliederversammlung der Zahlstellen Ladenburg und Nedarhaußen mit der Tagesordnung statt: 1. Berichterstattung von der Generalversammlung; 2. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt der Delegierte, des 57. Kreises, Kollege Stelter aus Ostersheim, das Wort. Er erläuterte in einer 1/2stündigen Ausführung die Beschlüsse und Beratungen der diesjährigen Generalversammlung. Er ermahnte zum Schluß, daß die Kollegen dem Verbands treu bleiben und für denselben weiter agitieren sollten. In diese Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Debatte. Zunächst war es Kollege Deß, der erklärte, daß es für uns weit besser wäre, wenn die Generalversammlung gar nicht stattgefunden hätte, weil die Beschlüsse, die dabei gefaßt wurden, voll Ungerechtigkeit und Entmündigung gegen die gesamte organisierte Tabakarbeiterchaft und geeignet sind, die in Süddeutschland bestehenden Zahlstellen zu zerstückeln oder ganz eingehen zu lassen. Man müsse sich überhaupst noch fragen, ob eine Generalversammlung einer Arbeiterschaft, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung schon seit Jahrzehnten als solche bekannt ist, sich zu solch despotischen Beschlüssen herbeilassen konnte; leider sei es der Fall. Wenn man sich vor Augen führe, welche Ungerechtigkeit aus dem Beschluß der Abänderung der Arbeitslosenunterstützung zutage trete, welche doch aus einem einheitlichen Beitrag an die Mitglieder wieder zurückbezahlt wird im Falle der Arbeitslosigkeit, dann fragt man sich, wie man dazu kommen konnte, eine Masseneinteilung zu beschließen. Um so ungerechter sei es, wenn man, wie aus der Berichterstattung hervorging, auf der Generalversammlung vorzuschützte, daß der Kollege auf dem Lande mit weniger Unterstützung auskommen könnte, als ein solcher in der Stadt (Dabei ist uns nichts bekannt. Red. d. Tabakarbeiters), welches aber ganz wenig in Betracht kommen kann, denn die meiste Arbeitslosenunterstützung werde doch den auf der Reise sich befindlichen Kollegen bezahlt, und da würde es den Kollegen, der in der niedrigsten Klasse ist, am härtesten treffen. An Verbandsbeitrag bezahlt er zwar soviel, wie derjenige, der in der höchsten Klasse ist, erhält aber um die Hälfte weniger Unterstützung. Ein weiterer Kommentar hierüber sei jedenfalls überflüssig. Ferner sei durch den Beschluß, daß an Invaliden keine Arbeitslosenunterstützung mehr gezahlt werden darf, stark zu beschränken, ob der Deutsche Tabakarbeiterverband noch als freie Gewerkschaft zu betrachten sei. Er betonte, daß er den Delegierten, die diesem Beschluß zugestimmt haben, nicht wünsche, in die traurige Lage zu kommen, invalid zu werden, denn sie hätten in dem Moment, als sie ihre Zustimmung gaben, ein Urteil über sich selbst gesprochen. Auch hat man einen Beschluß herbeigeführt, den Mitgliedern des Verbandes die Urabstimmung zu nehmen (Auch das ist in dieser Allgemeinheit ein Verbum. Red. des Tabakarbeiters), das einzige Mittel und uns zur Verfügung stehende Recht, unannehmbare Beschlüsse der Generalversammlung dadurch zu verhindern. Man schützte auf der Generalversammlung vor, die Beeinflussung auf die Mitglieder würde zu sehr betrieben werden. Kollege Deß bemerkte hierzu, daß man dies zugeben könne, aber dann sei dieselbe noch lange nicht so schlimm, als wie sie auf der letzten Generalversammlung betrieben worden sei und erinnerte hierbei an die Ausführungen des Kollegen v. Elm. Gegen die allgemeine Erhöhung der Beiträge sei zwar nicht viel einzuwenden, denn der Verband müsse so gekräftigt werden, daß er in einem Zeitpunkt, wo Massen-aussparungen oder größere Streiks vorkommen, auch leistungsfähig dastehen. Aber daß man zu gleicher Zeit die Unterstützung reduzierte, das sei ein großer Fehler zu betrachten, denn dadurch ist dem Verband das große Arbeitsfeld, das in den süddeutschen Staaten noch vorhanden ist, fast oder ganz unzugänglich gemacht; man hätte sich hierbei doch die schlechte wirtschaftliche Lage der süddeutschen Tabakarbeiter vor Augen führen müssen, denn unter den neuen Bestimmungen wird es schwer fallen, noch weitere Mitglieder zu gewinnen. Man müsse doch bedenken, wenn auch was zugegeben werden muß, daß in Norddeutschland die meisten organisierten Kollegen sind, es immerhin nur der sechste Teil von der gesamten Tabakarbeiterchaft Deutschlands ist. Es müsse daher dem Hauptvorstand durch Protest gegen diese Beschlüsse klar gemacht werden, daß vor Inkrafttreten derselben unbedingt Abänderung erforderlich ist, denn durch diese Beschlüsse ist auch den anzustellenden Gauleitern die Arbeit vollständig erschwert worden. Er betonte, wie könne ein Gauleiter, der noch Gerechtigkeitsgefühl in sich besitzt, diese erwähnten Beschlüsse und Neuerungen als Gegenleistung des Verbandes auf seiner Agitation in Versammlungen preisen ohne seiner innersten Ueberzeugung zu spotten. Auch wäre es Pflicht des Hauptvorstandes gewesen, wenn eine Beitrags-erhöhung sich notwendig gemacht, darüber einen Entwurf an die Zahlstellen vor der Generalversammlung zu geben, dann wäre wohl manche Dummheit dort nicht begangen worden, und es wäre auch eine bessere Ausarbeitung der einzelnen Beschlüsse möglich gewesen. Ferner beteiligten sich an der Diskussion die

